

Eisenstadt, am 17.07.2015

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

## **Entschließungsantrag**

des Abgeordneten Manfred Kölly  
betreffend Erstellung eines Maßnahmenpaketes zur solidarischen Unterbringung  
von Flüchtlingen im Burgenland

Derzeit herrscht in vielen Gegenden der Welt Krieg und es finden dort unvorstellbare Gräueltaten gegen die unschuldige Zivilbevölkerung statt, die diese zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen. Einige dieser Vertriebenen suchen auch Schutz und Hilfe in Österreich. Aufgrund von internationalen Regelungen sowie aus humanitärer Notwendigkeit ist Österreich verpflichtet, seinen solidarischen Beitrag bei der Flüchtlingsaufnahme zu erbringen. Diese Solidarität haben die Menschen dieses Landes in der jüngeren Vergangenheit auch bereits mehrfach ausdrücklich bewiesen, wie beispielsweise während der Ungarnkrise 1956 oder auch anlässlich der Jugoslawien- Kriege in den neunziger Jahren.

Auch aktuell ist die solidarische Haltung, Akzeptanz und Mitarbeit der Österreicherinnen und Österreicher wieder dringend gefordert. Allein im Monat Juni wurden 6240 Asylanträge gestellt. Das ist eine Steigerung von 250% im Vergleich zum Juni des Vorjahres. Nun ist es für einen vergleichsweise reichen Staat wie Österreich unumgänglich, diese vom Krieg heimgesuchten Menschen zu unterstützen und helfend Quartier zu gewähren. Lange Zeit hat das Burgenland ihren Anteil der österreichweit vereinbarten Quote zur Aufnahme von Flüchtlingen nahezu erfüllt. Wegen der nun aber rasant steigenden Zahl von Kriegsflüchtlingen ist es unumgänglich, neue Quartiere zur Unterbringung zu schaffen.

Das Land Burgenland soll seine Aktivitäten im eigenen Wirkungsbereich verstärken. Darüber hinaus sind auch die Bundesregierung sowie die Europäische Union dringend gefordert, solidarische Lösungen unverzüglich zu entwickeln und rasch umzusetzen. Dem Land Burgenland muss es durch die Umsetzung eines transparenten Konzepts gelingen, die Quote im Weg einer gleichmäßigen Verteilung der Quartiere über das gesamte Landesgebiet ohne Überforderung einzelner Gemeinden oder Regionen zu erfüllen.

Der unterfertigte Abgeordnete stellt daher nachstehenden

## **Entschließungsantrag**

Die Landesregierung wird ersucht,

1. die Burgenländischen Gemeinden aufzufordern, die humanitäre Verpflichtung der Grundversorgung von Asylwerbern solidarisch entsprechend ihrer Größe

und den regionalen und örtlichen Gegebenheiten mitzutragen, um künftig Fälle wie derzeit in Eisenstadt (Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten) von vornherein zu vermeiden.

2. das Konzept für die systematisch ausgewogene Verteilung von Kriegsflüchtlingen mit transparenten Kriterien zu versehen und im Zusammenwirken mit den Gemeinden und Bürgermeister\*innen umzusetzen, damit burgenlandweit eine gerechte Aufteilung bei der Unterbringung erreicht werden kann.

Manfred Köllly eh.